

**Kantonsrat**

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 2. Dezember 2025  
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

**A 434 Anfrage Misticoni Fabrizio und Mit. über eine Vision Luzern 2055 – Strategien und Massnahmen / Staatskanzlei**

Die Anfrage A 434, das Postulat P 440 von Rahel Estermann über eine Vision 2050 für Luzern sowie die Anfrage A 446 von David Affentranger über die Bevölkerungsentwicklung 2024–2055 im Kanton Luzern werden als Paket behandelt.

Fabrizio Misticoni ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 440 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung. Maria Pilotto, vertreten durch Sara Muff, beantragt teilweise Erheblicherklärung. Rahel Estermann hält an ihrem Postulat fest.

David Affentranger ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Fabrizio Misticoni: «Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.» Ein Zitat, das man je nach Quelle Harald Schmidt, Franz Vranitzky oder dem Schriftsteller Thomas Bernhard zuschreibt. Sie wissen ja alle, was man damit sagen will. Ich denke aber: Wer sich in der Politik engagiert, hat häufig eine Vision und wer keine hat, ist möglicherweise am falschen Platz. Die Regierung verweist in ihrer Antwort auf ihre bestehenden und laufenden Strategieprozesse für die mittel- und langfristige Planung. Sie beurteilt das als genügend und zeigt aus unserer Sicht wenig Ambitionen, darüber hinaus eine langfristige Vision für die Entwicklung des Kantons zu verfassen oder zu deklarieren. Das ist aus unserer Sicht bedauerlich, denn aus den Antworten der Regierung, die je nach Bereich mehr oder wenig Weitsicht und Planung aufzeigen, schliessen wir, dass es zur Entwicklung des Kantons durchaus langfristige Zielbilder brauchen würde, über die man gemeinsam diskutieren könnte. Dazu müssten sie aber aus unserer Sicht klarer formuliert sein. Wenn man immer auf die aktuelle Kantonsstrategie verweist: Dieser entnehmen wir leider vornehmlich unverbindliche Schlagwörter und eher wolkige Ziele, die so allgemein formuliert sind, dass man ihnen nicht widersprechen kann. Das ist aus unserer Sicht das Problem. Es ist uns nicht klar, wohin man will und wie man steuert, ohne getrieben zu sein. So viel zur allgemeinen Haltung zur Beantwortung der Fragen. Ich gehe auf einen Bereich ein, zu welchem die Antworten sehr dünn ausgefallen sind und der aufgrund der aktuellen und wahrscheinlich auch zukünftigen Lage alles andere als angemessen beantwortet wurde, nämlich den Wohnbau. Im Juni 2025 betrug die kantonale Leerwohnungsziffer 0,78 Prozent. Ein absoluter Tiefstwert. Gewisse Gemeinden wiesen sogar 0 Prozent aus. In früheren Anfragen oder Postulaten zu diesem Thema verwies die Regierung immer auf den Bund und die Gemeinden. Der Wohnbauförderungsfonds des Bundes ist

unterfinanziert und die Gemeinden in dieser Thematik allein zu lassen, ist aus unserer Sicht keine Lösung. Es braucht mehr als nur allgemein auf den Richtplan zu verweisen, der zweifellos einige Verbesserungen mit sich bringt. Wenn man Ja sagt zu einem wachsenden, prosperierenden Kanton mit tiefen Steuern und attraktive Standortbedingungen weiterhin ein Magnet sein sollen, muss man auch bereit sind, die Folgen anzugehen und abzufedern, die für die Bevölkerung daraus entstehen. Es ist möglicherweise noch etwas zu früh, um von einer kompletten «Zugereisierung» zu sprechen. Aber aus unserer Sicht ist die Tendenz vorhanden. Es wäre wichtig, heute zu reagieren, damit man in 20 oder 30 Jahren nicht darüber klagen muss, dass man auf das Funktionieren des Wohnungsmarktes vertraut habe, der Markt sich aber entwickelt habe, wie sich ein Markt bei Leerstandsquoten von unter 1 Prozent eben entwickelt. Wenn der Wohnraum nicht mehr zahlbar ist und die Nachkommen wegziehen müssen, weil sie in ihrer Heimatgemeinde keine Wohnung mehr finden, wenn den Vereinen die Mitglieder fehlen, weil sie nicht mehr vor Ort wohnen können, dann ist es zu spät. Eine Wirtschaftspolitik, welche dieses Wachstum befördert, ist legitim, solange sie im Einklang steht mit genügend Investitionen in Wohnraum, der bezahlbar bleibt.

Rahel Estermann: Schauen wir doch zurück: In den 1990er-Jahren, 1998, hatte unser Kanton letztmals einen negativen Wanderungssaldo an Zu- und Wegzügen. Ende der 1990er-Jahre und zu Beginn der 2000er-Jahre investierte der Kanton trotzdem: 1997 und 2000 wurden die Hochschule Luzern (HSLU) und die Universität Luzern aufgebaut. Damals ging es vorwärts. In den 2010er-Jahren wurde die Tiefsteuerstrategie beschlossen und man ging in ein Sparjahrzehnt. Das ist uns allen bekannt, die einen oder anderen von uns haben es in diesem Rat erlebt. Es wurde aber nicht nur gespart, sondern es wurden auch Investitionen aufgeschoben und ein Investitionstau provoziert. Wo stehen wir heute, in den 2020er-Jahren? In den letzten 30 Jahren mit den negativen Wanderungssalden gab es im Kanton Luzern ein Bevölkerungswachstum von fast 30 Prozent. Deshalb haben wir Wachstumsschmerzen beim Verkehr, unser Bahnhof platzt aus allen Nähten und ist inzwischen der drittgrösste der Schweiz. Der Hochschulstandort wurde erfolgreich ausgebaut und in der Stadt Luzern gehen die Mieten durch die Decke, weil es sich um einen sehr begehrten Wohnort handelt. Wir wursteln uns durch all das und genau in diesem Moment ist die Prognose hereingeflattert, dass die Bevölkerungswachstumskurve in den nächsten Jahren noch steigen wird. Das Wachstum wird sich verstärken. Wir haben ein mittleres Szenario, das 31 Prozent Bevölkerungswachstum prognostiziert. Das alles kann man mit den Worten von Max Frisch zusammenfassen: Wir rufen nach Arbeitskräften und es kommen Menschen mit all ihren Bedürfnissen nach Wohnungen, Gesundheit, Bildung und Freizeit. Es geht also noch 30 Jahre weiter. Ich möchte nicht in einem Kanton wohnen, der schrumpft. Aber wie es mein Vorredner bereits erklärt hat, muss man dieses Problem adressieren. Wie wollen wir es steuern, ohne davon getrieben zu werden? In welche Richtung wollen wir mit diesem wachsenden Kanton? Genau deshalb ist es Zeit für eine Vision. Ein Vision, die auch die Investitions- und Wirtschaftspolitik mit einbezieht und anpasst. Die heutige Kantonsstrategie ist wolkig und man findet eine Menge Buzzwords, aber keine klare Stossrichtung. Ja, wir gehen in eine Richtung, in welche sich beispielsweise der Kanton Zug bewegt hat, also in Richtung einer «Zugereisierung». Wir sind noch nicht am gleichen Ort, aber alles ist angerichtet, um in diese Richtung zu gehen. Zahlbare Wohnungen sind langsam Mangelware, aber man hat keine Strategie, um diese Frage anzugehen. Es findet auch eine gewisse Verdrängung aus bestimmten Lebensräumen statt. Die öV- und Veloförderung wird in diesem Rat stiefmütterlich behandelt, obwohl sie so wichtig wäre, um das Wachstum auch in der Mobilität aufzufangen. Ist es klug, in diesem Moment die genau gleiche Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik weiterzuführen, wie sie unser Rat beispielsweise gerade gestern

beschlossen hat? Ich glaube nicht. Wir müssen die anderen Herausforderungen genauso auf dem Radar haben. Von Lustat liegen interessante Zahlen vor. Die sechs grössten Gemeinden des Kantons Luzern tragen in den nächsten 30 Jahren zwei Drittel dieses Wachstums: Luzern, Emmen, Kriens, Horw, Ebikon und Sursee. Heute Morgen hat mir Carlo Piani einen Flyer über den Ausbau des Verkehrsknotenpunkts Sursee in die Hand gedrückt. Ich bin da voll dabei, denn man geht dieses Problem frühzeitig an. Aber ich glaube, dass es noch viele andere Orte gibt, an denen wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor den gleichen Herausforderungen stehen. Mit einer Vision nehmen wir nicht nur eine Analyse vor, sondern wir überlegen gemeinsam, wie wir die Herausforderungen angehen: Wie sich Menschen bewegen, bilden und gesundheitlich versorgt werden in unserem Kanton. Deshalb ist es wichtig, diese Vision jetzt anzugehen. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen.

David Affentranger: Die Antworten auf meine Anfrage geben grundsätzlich einen Einblick über die Gründe, wo und wieso in unserem Kanton künftig ein solch hohes Wachstum vorausgesagt wird. Es gibt aber auch Anlass für weitere Fragen, zum Beispiel, was genau die Auswirkungen sind oder ob es allenfalls möglich ist, am einen oder anderen Ort zu steuern. Die Befürchtungen von Fabrizio Misticoni und Rahel Estermann kann ich nachvollziehen, wir wohnen schliesslich alle im gleichen Kanton. Zum Postulat P 440: Auch uns treibt im Moment die Frage um, was genau das sehr hoch prognostizierte Bevölkerungswachstum schlussendlich mit sich bringt und ob es tatsächlich auch so zu erwarten ist. Vor allem aber, welche Massnahmen bereits heute nötig sind, damit wir angemessen vorbereitet sind, unabhängig davon, wie sich die Situation schlussendlich entwickelt. Wir sind aber der Meinung, dass unsere kurz- und langfristigen Planungsinstrumente genügen und die heute teilweise noch offenen Fragen mit den bestehenden Instrumenten beantwortet werden können. Oder auf jeden Fall nicht schlechter als mit weiteren Planungsinstrumenten. Aus diesem Grund lehnt die Mitte-Fraktion das Postulat P 440 ab. Da aber auch wir immer noch offene Fragen betreffend Bevölkerungsentwicklung haben, insbesondere betreffend Möglichkeiten, inwiefern wir darauf Einfluss nehmen können, erarbeiten wir derzeit eine weitere Anfrage und bleiben am Thema dran.

Sara Muff: Ich halte das Votum im Namen von Maria Pilotto. Unsere Bevölkerung wächst, und dies auf allen Altersstufen. In verschiedenen Gemeinden und Regionen findet ein unterschiedliches Wachstum statt. Dabei ist es nicht im Vorhinein eindeutig, ob die Entwicklung negativ oder positiv ist. Ob sie intendiert, angestossen oder ungewollt und für bestehende Strukturen herausfordernd ist. Verschiedene Personen, Organisationen oder Staatsebenen sehen das vielleicht auch unterschiedlich. Gewisse Entwicklungen gehen schnell, andere kommen erst in Jahren oder gar Jahrzehnten. Die SP-Fraktion steht diesen Entwicklungen auch mit Respekt gegenüber und unterstützt, dass wir diese Prognosen und ihre möglichen Folgen in unsere kantonalen Planungsgrundlagen einbeziehen. Jedoch braucht es dafür aus unserer Sicht keine neue Leitlinie in der Form einer Vision. Die SP-Fraktion unterstützt deshalb die teilweise Erheblicherklärung des Postulats P 440. Wir bestärken damit den von der Regierung vorgeschlagenen Weg: Die Bevölkerungsentwicklung ist aktiv in bestehende Entscheidungsgrundlagen, Massnahmen und Umsetzungspläne einzubeziehen. Die Bevölkerungsentwicklung in den verschiedenen Dimensionen, welche die Anfragen aufwarfen, müssen wir als Querschnittthematik sehen. Diese möchten wir in bestehende Planungsgrundlagen, Legislaturziele, Planungsberichte usw. einbeziehen. Was ist mit Bevölkerungsentwicklung gemeint? Aus den Antworten zu den Anfragen sehen wir, dass die Bevölkerungsentwicklung zig verschiedene Facetten hat. Sie betrifft Wohnraumpolitik, Mobilität, Gesundheit, Alterspolitik, Schulraum, Sicherheit und vieles mehr. Aber der Staat muss Verantwortung übernehmen, damit die Gesamtgesellschaft mit dem Wachstum

umgehen kann. Wir müssen der Bevölkerung Perspektiven bieten, aber auch die Brücke zwischen den individuellen und den Mehrheitsbedürfnissen schaffen. In vielen dieser Themenbereichen haben wir Planungsberichte, die sich wiederum auf weitere Grundlagen wie Gesetze, Verfassung oder Legislaturleitlinien beziehen. Wenn wir das Wachstum zu verschiedenen Aufgaben und Zielen in Beziehung setzen können, können wir es auch besser bewerten, Handlungsbedarf festlegen und Massnahmen definieren. Was müsste das konkret heißen? Die Regierung verweist in den Anfragen beispielsweise mehrfach auf den Richtplan. Die Richtplanrevision nimmt die neuen Bevölkerungsprognosen als Grundlage und sorgt mit Zielen, Strategien und Koordinationsaufgaben dafür, dass genügend räumlicher Spielraum für neuen Wohnraum besteht. Das ist wichtig. Es geht jedoch auch darum, dass dieser für die Menschen bezahlbar sein muss. Es geht also nicht nur um Mengen, sondern auch um Bezahlbarkeit. Hier haben es die Regierung und wir als Parlament in der Hand. Diese Gestaltungsaufgabe müssen wir künftig verstärkt verbindlich festhalten. Es braucht also ein integrales Denken der Bevölkerungsentwicklung im Rahmen der bestehenden Leitlinien und muss mit verbindlichen Instrumenten und Massnahmen versehen sein. So gestaltet unterstützen wir die teilweise Erheblicherklärung des Postulats P 440, die mit den Aufgaben der Bevölkerungsentwicklung gestaltend umgeht.

Sabine Heselhaus: Wir haben in Kanton Luzern keinen Mangel an Planungsberichten. Wir haben einen Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung, zur Psychiatrie, zur Gleichstellung, zum Klima, zur Sportförderung und zu sozialen Einrichtungen. Das Problem ist nicht das Planen, sondern dass wir unsere eigenen Erkenntnisse nicht finanzieren. Genau deshalb brauchen wir eine Vision, nicht als Papier, sondern als Verpflichtung, dass wir das Wissen auch umsetzen und ins Handeln kommen. Der Planungsbericht Gesundheitsversorgung zeigt unmissverständlich mehr ältere Menschen, mehr chronische Erkrankungen, mehr psychische Belastungen, mehr Hitzersiken und mehr Pflegebedarf. Die Klimaberichte zeigen mehr Hitzetage, mehr Luftbelastung, mehr Grosswetterereignisse und mehr Risiken für Trinkwasser und Landwirtschaft. All diese Entwicklungen sind relevant für die Gesundheit unserer Bevölkerung und sind planbar. Aber im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) kommen sie kaum vor: Prävention, nicht budgetiert. Klimafolgen für die Gesundheit, nicht budgetiert. Monitoring von Schadstoffen, Krebserkrankungen und Umweltbelastung, nicht budgetiert. Gesundheitsbildung, nicht budgetiert. Wir wissen was kommt und was es kostet, aber wir tun so, als könnten wir es ignorieren. Die Regierung schreibt sinngemäß: Wir haben die nötigen Instrumente, eine Vision ist unnötig. Ein Instrumentenkasten ersetzt keinen Bauplan, und schon gar nicht, wenn man die finanziellen Ressourcen für den Bau nicht bewilligt. Wir stehen vor einer Situation, in der die Bevölkerung massiv wächst und gleichzeitig vulnerabler wird. Hitze trifft vor allem ältere Menschen, Luftverschmutzung trifft Herz- und Lungenkranke, psychische Belastungen treffen Jugendliche. Der Fachkräftemangel trifft das gesamte Versorgungssystem. Wir wissen das seit Jahren. Aber ohne Vision heißt das de facto, wir nehmen es in Kauf. Eine Vision 2050 oder 2055 ist die einzige Möglichkeit, Gesundheit, Klima, Raumplanung, Bildung und Sozialpolitik zusammen zu denken, statt im Silosystem immer weiter hinter den Entwicklungen herzurennen. Denn eines ist klar: Wenn wir heute nicht investieren, zahlen wir morgen in Spitätern, Pflegeheimen sowie in Krankheits- und Klimafolgekosten. Wer die Prävention nicht finanziert, finanziert automatisch die Krankheit. Wer Klimaanpassungen nicht plant, plant höhere Gesundheitskosten. Wer Wachstum nicht begleitet, produziert Engpässe. Wer all das weiß und trotzdem das Budget kürzt, handelt nicht vorausschauend, sondern kurzsichtig.

Hugo Lötscher: Aus Sicht der SVP bilden die Kantonsstrategie von zehn und mehr Jahren, das Legislaturprogramm und der AFP eine solide Grundlage für eine koordinierte und

integrierte Langfrist-, Mittelfrist- und Kurzfristplanung. Es werden auch künftig ständig unvorhergesehene Einflüsse aus dem Weltgeschehen zu kurzfristigen Anpassungen der Strategie und Vision führen. Sektorialstrategien konkretisieren die Entwicklungsperspektiven überall dort, wo ein Bedarf dafür besteht. Somit sind die bestehenden Instrumente und Verfahren dafür geeignet, ein politisches Zielbild mit Zeithorizont 2050 frühzeitig zu entwerfen, in vierjährigen Planungszyklen weiterzuentwickeln und etappiert umzusetzen. Eine weitere Erarbeitung würde, neben den bereits eingesetzten Werkzeugen, Tür und Tor für einen beliebigen Ausbau von Ressourcen öffnen. Aus diesen Gründen wird die SVP-Fraktion dem Regierungsrat Folge leisten und das Postulat P 440 ablehnen.

Mario Cozzio: Die GLP steht für vorausschauende Politik – aber ebenso für pragmatische. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einer zusätzlichen Vision 2050 nicht. Der Kanton verfügt bereits über klare Leitplanken: Die Kantonsstrategie, das Netto-Null-Ziel 2050 in der Klimapolitik, die laufenden Umsetzungsprogramme und Instrumente wie das Programm Gesamtmobilität (Zumolu) oder die strategische Raumplanung. Diese bilden zusammen eine flexible Basis, die regelmässig überprüft und weiterentwickelt werden kann. Wir bezweifeln, dass eine neue, übergeordnete Vision einen wesentlichen Nutzen zur Folge hätte. Was es braucht, ist Mut und Innovation, innerhalb der bestehenden Strategien und Pläne vorwärtszudenken und vorwärtszumachen. Daher lehnt die GLP-Fraktion das Postulat P 440 ab.

Franz Räber: Die neusten Bevölkerungsszenarien von Lustat bis 2055 zeigen die bisher zu erwartenden Entwicklungen. In den Antworten zu den Vorstössen zu den neusten Lustatzahlen zeigt uns die Regierung aber auch auf, dass diese Tatsachen ernst genommen werden und Planzahlen in der Planung einbezogen sind. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass der Kanton Luzern bereits über eine breite und gut abgestützte strategische Grundlage verfügt. In den letzten Jahren haben wir zahlreiche Planungsberichte über Klima, Energie, Mobilität, Bildung, Gesundheit, Alter, Wohnraum, soziale Einrichtungen usw. erarbeitet. Diese Instrumente sind langfristig ausgerichtet und werden regelmässig aktualisiert. Das vorliegende Postulat P 440 verlangt einen zusätzlichen umfassenden Bericht bis 2050. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist ein solcher Mehraufwand für einen weiteren Planungsbericht weder verhältnismässig noch notwendig. Wir riskieren Doppelspurigkeiten, binden Ressourcen und schaffen kaum einen Mehrwert. Die Regierung prüft gegenwärtig, wie weit ergänzende Entscheidungsgrundlagen, Massnahmen und Umsetzungspläne im Bereich Bevölkerungsentwicklung nötig sind und in welchem Rahmen sie erarbeitet werden sollen. Deshalb folgt die FDP-Fraktion der Regierung und lehnt das Postulat ab.

Rahel Estermann: Die Kantonsstrategie ist doch sehr wolkig, ich wünsche Ihnen viel Glück, wenn Sie diese Vision darin finden. Ich ermuntere Sie aber auch, der Regierung mit diesen 150 000 Franken für die ergänzenden Massnahmen zu helfen und diese nächstes Jahr nicht zu streichen. Mehr dazu finden Sie in der Stellungnahme zu meinem Postulat P 440. Das ist nötig, wenn Sie schon keine neue Vision wollen.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Die Vorstösse P 440, A 434 und A 446 haben ein gemeinsames Thema: die Entwicklung im Kanton Luzern und wie wir sie politisch steuern. Ich spreche kurz zu allen drei Vorstössen. Wachstum ist in der Schweiz ein Garant von Wohlstand und Wohlfahrt – ganz einfach, weil der Kuchen insgesamt grösser wird, wenn ich das so salopp sagen darf. Wachstum ist aber nicht nur unproblematisch: mehr Menschen brauchen mehr Ressourcen. Einige dieser Ressourcen sind erneuerbar, andere sind endlich. Darum kann der Kuchen nicht unendlich gross werden. Gemäss dem aktuellen Szenario wächst die Luzerner Bevölkerung in den nächsten 30 Jahren gleich stark weiter wie in den letzten 30 Jahren. Wir haben bereits

bewiesen, dass wir ein solches Wachstum stemmen können. Gleichzeitig erleben wir, dass Wachstum unser Kanton und unsere Gesellschaft auch qualitativ verändert. Es ist die Aufgabe der Politik, diese Veränderung so zu gestalten, dass der kollektive Wohlstand und die soziale Wohlfahrt gewährleistet bleiben. Soweit Ihre Fragen und Anliegen einzelne Politikbereiche betreffen, sehen Sie in unseren Antworten, wie die planerischen Grundlagen aussehen, welche Sektorialstrategien wir verfolgen und wo wir aktuell stehen. Ich verzichte deshalb auf eine erneute Aufzählung. Darüber hinaus ist unserem Rat die folgende Feststellung wichtig: Wachstumsraten, -prognosen und -szenarien sind für unseren Kanton alles andere als neu. Mit Ihren und unseren Planungsinstrumenten sind wir längst mit verschiedenen dieser Szenarien unterwegs und das auch gewohnt. Das fängt an beim Zielbild – der kantonalen Strategie eines ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Gemeinwesens mit hoher Lebensqualität für alle. Das setzt sich fort im Legislaturprogramm und AFP, wo wir laufend prüfen: was können wir steuern, wohin wollen wir steuern, wie steuern wir? Ich weise darauf hin, dass aktuell die Arbeiten zum Beispiel am kantonalen Richtplan und am aktualisierten Finanzleitbild laufen, um Wachstum, Wohlfahrt und Wohlstand auch künftig in Einklang zu halten. 2026 starten Regierungsrat und Verwaltung ausserdem den Prozess, um die Kantonsstrategie zu überprüfen, die neue Legislaturplanung vorzubereiten, Massnahmen und Projekte im AFP darauf abzustimmen. Die jüngsten Bevölkerungsszenarien fliessen in diesen Prozess definitiv mit ein. Ihr Rat wird die aktualisierte Planung als Gesamtpaket im Herbst 2027 beraten und behandeln können. Wir laden Sie ein, die Planungsinstrumente engagiert und verantwortungsbewusst zu beraten, zu kommentieren, zu justieren. Gleichzeitig raten wir Ihnen davon ab, abseits von diesem Prozess neue Instrumente aufzubauen, die keinen Bezug zum politischen Planungszyklus haben. Deshalb empfehlen wir Ihnen das Postulat P 440 zur Ablehnung.